

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Arbeiterstimme und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachpost Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsstelle: Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die erstmalig geplante Nonparelzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Versetzung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 13. November 1928

Nummer 265

Triumph der Stahlkönige!

Justiz und Staatsapparat gegen die Arbeiter

Der Ruhrschiedspruch für ungültig erklärt Zusammenbruch des reformistischen Schwindels / Antwortet mit Streik!

Essen, 12. Nov. 1928. (Eigener Drahtbericht.) Das Duisburger Arbeitsgericht verhandelte heute die Feststellungsklage der Unternehmer betreffs des Ruhrschiedspruches. Nach 2 1/2 stündiger Verhandlung wurde folgendes Urteil gefällt:

„Es wird festgestellt, daß ein Tarifvertrag auf Grund des verbindlich erklärten Schiedspruches vom 26. Okt. 1928 nicht besteht. Die Kosten des Verfahrens, die 500 Mark betragen — nachdem als Wertobjekt 1 Million Mark angelegt waren — haben die Beklagten, die Gewerkschaften zu tragen.“

Das Arbeitsgericht hat, wie die kommunistische Presse schon von Anfang an vorausah, sich dem Standpunkt der Unternehmer angeschlossen und entschieden, daß auf Grund des verbindlich erklärten Schiedspruches ein Tarifvertrag nicht besteht.

Mit dieser Entscheidung ist das unglaublich freche Betrugsmanöver der sozialdemokratischen Führer zusammengebrochen. Diese sozialdemokratischen Verräter haben seit Beginn der Aussperrung Tag für Tag die Arbeiter in unverhämter Weise belogen, sie haben behauptet, daß der Staat den Arbeitern helfe, daß die Justiz dieses Staates den Arbeitern recht gebe, daß die Arbeiter nichts zu tun brauchten, als darauf zu warten, daß die Staatsbehörden „dem Recht Geltung verschaffen“. Mit diesen Lügen versuchten sie die Arbeiter von ernstlichen Kampfmaßnahmen abzuhalten und die Verbreiterung der Kampffront zu verhindern. Gegen die Kommunisten, die den Arbeitern die Wahrheit sagten, haben die sozialdemokratischen Führer eine infame Hehe entfesselt. Jetzt ist das freche sozialdemokratische Lügenmanöver zusammengebrochen. Der letzte Arbeiter sieht jetzt, daß er gegen Unternehmer, gegen den kapitalistischen Staat, die Koalitionsregierung und gegen die sozialdemokratischen Führer kämpfen muß. Der Zusammenbruch des reformistischen Lügenmanövers kommt nicht zu spät, wenn jetzt die kämpfenden Arbeiter sich rasch einigen und geschlossenen Maßnahmen durchzuführen, die ihnen die gewerkschaftliche Opposition empfiehlt.

Wenn jetzt die SPD-Führer die Frechheit haben, auf das Landesarbeitsgericht zu vertrauen, so muß den Betrügern gründlich das Maul gestopft werden. Die Entscheidung des Duisburger Arbeitsgerichts ist die selbstverständliche Entscheidung von Organen des kapitalistischen Staates. Der heutige Staat ist der Staat der kapitalistischen Klasse, die Schlichtungsinstanzen sowie die Arbeitsgerichte sind Organe dieses kapitalistischen Staates, die nie gegen die Interessen des Unternehmertums entscheiden werden. Wer die Arbeiter auf den Weg des kapitalistischen Schlichtungsschwindels verweist, wer sie darauf verweist, ihr Recht bei den kapitalistischen Klassengerichten zu suchen, betrügt die Arbeiter!

Die sozialdemokratischen Führer haben die Arbeiter in der schändlichsten Weise betrogen.

Zahllose Schiedsprüche wurden auf genau dieselbe Art und Weise gefällt wie der Ruhrschiedspruch. Immer wieder hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbu-

reaokratie mit den niederträchtigsten Methoden den Arbeitern diese Schiedsprüche aufgeschwungen.

Aber jetzt ist Schluss! Sollen sich die Arbeiter noch länger von diesem verbrecherischen Schlichtungswesen fesseln lassen? Von diesem Schlichtungswesen, das heute der letzte Arbeiter als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, als eine Fessel der Arbeiter, das ihnen die Streikfreiheit rauben soll, erkennt? Nein! Nieder mit diesem verbrecherischen System!

Im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit entscheidet nur die Kampfkraft, die Arbeiterschaft oder Unternehm-

tum ausbringen. Die Arbeiterklasse ist unüberwindlich stark, wenn sie den Weg zum gemeinsamen Handeln findet. Jetzt gilt es, den großen Machtkampf zugunsten der Arbeiter zu entscheiden!

Darum her mit der Verschärfung und Verbreiterung des Kampfes!

Keine Arbeiterschaft darf sich mehr durch einen solchen Zwangstarif hindern lassen, selbst Forderungen zu stellen und aktiv in das gewaltige Ringen einzugreifen.

Jetzt alle Kraft eingesetzt für den Sieg der Hüttenarbeiter, für den Sieg der Arbeiterklasse!

Sie haben noch nicht genug!

Die Reformisten vertrauen auf das Reichsarbeitsgericht

Wie aus Essen gemeldet wird, haben die Leitungen der drei Metallarbeiterverbände einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Die 3 Metallarbeiterverbände betrachten das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg als ein Fehlurteil und werden den Rechtsweg bis zum Reichsarbeitsgericht durchsetzen. ... Die Gewerkschaften werden der Arbeiterschaft zu gegebener Zeit entsprechende Anweisungen (?) geben und erwarten, daß nur diesen Folge geleistet wird.“

Die rote Fahne schreibt dazu:

„Die Arbeiterschaft hat auf dieses hilflose Gestammel der Bureaokratie schon geantwortet, indem sie in Protestdemonstrationen und der Organisierung von Kampfleitungen die Maßnahmen für die proletarische Gegenoffensive traf, ohne sich um das reformistische Gewäsch und die Ablenkungsphrasen von „Recht“ zu scheeren.“

Empörung der Ausgesperrten

Der Montag war im Kampfgebiet verhältnismäßig ruhig. Die Ausgesperrten erwarteten mit Spannung den Spruch des Arbeitsgerichts, da ein großer Teil doch

nach einem Rest von Millionen hatte, daß ihnen aus dem Justiz- und Schlichtungsschwindel etwas blühen könnte. Nach Bekanntwerden des Urteils bildeten sich spontan demonstrierende Gruppen, Teilungssüde und Belegschaftsversammlung, die sich mit der neugeschaffenen Lage befaßten.

In Gelsenkirchen versammelten sich mehrere tausend Ausgesperrte auf dem Alten Markt und der Wiese mit der Absicht, vor der Stadtverordnetenversammlung zu demonstrieren. Die Polizei, die in Alarmbereitschaft war, verbot den Verkehr kaum aufrechtzuerhalten.

Duisburg, 13. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Gewerkschaftsopposition hatte für gestern nachmittags 4 Uhr zu einer Kundgebung der kämpfenden Metallarbeiter auf dem Dellplatz aufgerufen, in der das Urteil des Arbeitsgerichts verurteilt wurde. Trotz des Regens waren über 4000 Metallarbeiter erschienen. Ein Vertreter der Opposition wies auf die Haltung der Bureaokratie und der Justiz gegenüber dem Kampf der Hüttenarbeiter hin. Die Versammelten gaben ihrer Entrüstung lauten Ausdruck und legten das Geländnis ab, für den Sieg der Hüttenarbeiter weiter zu kämpfen.

Ihre Front!

Einse Demagogie im Deutschen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Dresden

H. J. Von Tag zu Tag verschärft, tobt an Rhein und Ruhr der Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital. Der wachsende Einfluß der kommunistischen Partei, die begeisterte Ausnahme der Parolen der Opposition, die entschlossene Ablehnung des reformistischen Schwabers durch die kämpfenden Ruhrarbeiter macht den Reformisten Kopfschmerzen. Im ganzen Reich verfolgt die Arbeiterschaft mit Spannung und Sympathie den Kampf der Ruhrarbeiter. Die Erkenntnis, daß dieser Kampf auch im übrigen Reich aktiv unterstützt werden muß, gewinnt mehr und mehr Boden. Insbesondere die Metallarbeiter ziehen Vergleiche mit ihrer Lage und stellen die Frage nach Verbreiterung des Kampfes.

Die Dresdner Führer des DMV würden ihre Rolle als „Linke“ schlecht spielen, wenn Sie diese Stimmung der Metallarbeiter nicht rechtzeitig versuchen würden, abzukämpfen. Die am vergangenen Sonntag von ihnen einberufene Funktionärskonferenz des DMV Dresden diente diesem Zweck. Wer etwa glaubte, diese Konferenz sei einberufen worden, um den Dresdner Metallarbeitern ein ungeschmincktes Bild der Lage in Nordwest zu geben und aktive Unterstützungsmaßnahmen zu beraten, der sah sich enttäuscht. Schon zu Beginn der Versammlung erklärte der Leiter Täuber, daß im „Interesse der Einheitlichkeit der Bewegung“ von einer Diskussion abge-

sehen werden solle. Ein Antrag der Opposition, der die Notwendigkeit einer ausführlichen Aussprache begründete, verfiel gegen eine starke Minderheit der Ablehnung.

Schon diese Tatsache genügt, um zu zeigen, wie „ernst“ es den DMV-Bureaokraten mit dem Ruhrkampf ist. Man wachte es von vornherein nicht, die Stimme der Metallarbeiter aus dem Betrieb in dieser ungeheuren Auseinandersetzung zu Wort kommen zu lassen. Wer das folgende Referat Höllers hörte, der wußte, weshalb.

Seit Tagen hat die Dresdner Volkszeitung den gefährlichen Schwindel von dem angeblichen Kampf der Unternehmer gegen den Staat ihren Lesern vorgelegt. Als wir diesen Schwindel entlarvten, bekamen die Herrschaften am Wettinerplatz zwar einen Wutanfall, aber sie hüteten sich, auf die Frage des Staates als ausführendes Organ der Unternehmerinteressen einzugehen. Herr Höller war klüger, er ging auf diesen Schwindel gar nicht ein. Ein paar zu nichts verpflichtende tabifale Phrasen, kein Wort über die Hintergründe dieses Kampfes, vor allem aber nichts über das, was jetzt praktisch zur Unterstützung dieses Kampfes getan werden muß. Die Unternehmer haben den Achtundtag durchbrochen, verkündete Höller empört. Über daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, feinerzeit dem Ermächtigungsgesetz zustimmte, das erst die Voraussetzung für diesen Bruch des Achtund-

Streik

ist die Antwort der zentralen Kampfleitung

Essen, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Schon wenige Stunden nach Verkündung des Urteils der Duisburger Verhandlung trat in Essen die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Hüttenarbeiter zur Beratung über die neue Lage im Kampf zusammen. Neben einem Aufruf an die Hüttenarbeiter, mit allen Mitteln sich gegen die bedrückende Abwärtung des Kampfes durch die Reformisten zu kräuben, stellte man folgende konkrete Kampfmaßnahmen auf:

Ueberführung der Aussperrung in den Streik,

Einleitung von Streikposten,

Forderung nach 15 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, nach Achtundtag und dreigeteilter Schicht bei vollem Lohnausgleich.

Außerdem beschloß man, sich noch aktiver als bisher an der Organisierung der Sammlungen für die JAH zu beteiligen, um die Preise zu senken, die noch aus bitterster Not zu Streibrechern werden könnten.

Der Ruhrkampf vor dem Reichstag

Wissell gegen die Ausgeperrten / Kommunistische Abrechnung

Über 200 000 Arbeiter am Rhein und Ruhr sind von dem Unternehmertum auf die Straße geworfen. Seit Wochen führen die ausgeperrten Hüttenarbeiter einen heldenmütigen und entschlossenen Kampf gegen das Unternehmertum, mit dem sich Staat und Gewerkschaftsbürokratie zu einem geschlossenen Dreieck vereinigt haben. In jenen Augenblicken, da der Reichstag zusammentritt, um zu dem Ruhrkampf Stellung zu nehmen, wird bekannt, daß das Duisburger Arbeitsgericht durch einen Gerichtsbeschluss festgestellt hat, daß ein Tarifvertrag auf Grund des verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 28. Oktober nicht besteht. Durch diesen Beschluss ist die Rechtslage, um die sich die Gewerkschaftsführer und der Reichsarbeitsminister Wissell noch immer den Kopf zerbrechen, entsprechend den Forderungen der Unternehmer entschieden.

Was hat die Koalitionsregierung mit dem Sozialdemokraten Hermann Müller als Kanzler und dem Gewerkschaftsführer Wissell als Arbeitsminister zu der unerhörten Proklamation des Unternehmertums, zu dem heldenmütigen Kampfe der Ruhrarbeiter und deren Forderungen und zu der Klärung der Rechtslage durch das Duisburger Arbeitsgericht zu sagen?

Die Rede des Reichsarbeitsministers Wissell war ein jämmerliches Geschwätz, ein beharrliches Vorherreden an den Fragen, die für die kämpfenden Ruhrarbeiter und für die gesamte deutsche Arbeiterschaft von größter und aktuellster Bedeutung sind. Wissell beschränkte sich auf eine Darstellung

Helft am Werk der proletarischen Solidarität!

Spendet für die Kämpfenden und Gemahregelten auf Viten der ZNS!

1. Sammelquittung:

Arbeitsgebiet Weierhahnen-Hüttenort	30,- RM
Hochzeit Kleinnaundorf	5,- "
Zelle Seckwert	10,- "
Revolutionstafel in den Blumenjäten	21,30 "
Revolutionstafel des Arbeitsgebietes Stechsch-	
Coffeabunde	13,25 "
Revolutionstafel in den Annenjäten	17,20 "
Unbenannt	5,- "
Zusammen	101,55 RM

der Entwicklung des Kampfes, der Erörterung der sogenannten Rechtslage. Sobald Wissell über den Rahmen dieser Dinge hinausging, machte er sich den Standpunkt des Unternehmertums reiflos zu eigen. Er rühmte sich selbst als den Mann des friedlichen Ausgleichs und sprach sein Bedauern darüber aus, daß es ihm trotz weitestgehenden Entgegenkommens nicht gelungen sei, den „Arbeitsfrieden“ im Ausmaßgebiet wieder herzustellen. Gegen den verdrehten Ausperrungsbeschluss und seine Durchführung fand der sozialdemokratische Arbeitsminister kein Wort der Kritik. Er gab lediglich den Unternehmern die Weisung, daß sie ihr Ziel auch auf anderem Wege hätten erreichen können. Soweit Wissell in seiner Erklärung zu den von der kommunistischen Fraktion gestellten Unterbringungsanträgen Stellung nahm, kam er zu der Feststellung, daß auf Grund der Rechtslage und der bestehenden Gesetzgebung die Ausgliederung der Erwerbslosenunterstützung an die ausgeperrten Ruhrarbeiter nicht in Frage komme. Als „Trost“ für die hungernden Hüttenarbeiter und ihre Familien gab er die Versicherung, daß sich die Reichsregierung mit der preussischen Staatsregierung „verpflichten“ werde, um nach „Wachgabe der Dinge“ helfend einzugreifen.

In der Stellungnahme des Reichsarbeitsministers Wissell zu dem Urteil des Duisburger Arbeitsgerichts kam die ganze Verlogenheit der sozialdemokratischen Koalitionsregierung erneut zum Ausdruck. Derselbe Wissell, der zuvor mit großem Pathos nachzuweisen versuchte, daß nach seiner Auffassung der von ihm verbindlich erklärte Schiedsspruch zu Recht bestünde, fand gegen dieses Urteil, das die Verbindlichkeitsklärung praktisch aufhebt, kein Wort des Protestes, sondern beschränkte sich lediglich auf die Erklärung, daß jetzt das Reichsarbeitsgericht zu entscheiden habe und daß er sich bis dahin einer Stellungnahme enthalten müsse.

Die von Wissell im Auftrage der Koalitionsregierung abgegebene Erklärung zum Ruhrkampf hat noch einmal mit aller Deutlichkeit bestätigt, daß der Staat in diesem Kampfe auf der Seite des Unternehmertums steht, daß die Regierung und insbesondere die sozialdemokratischen Minister nichts anderes als Werkzeuge der Unternehmerorganisationen sind.

Wissell zeigte als einzigen Ausweg Kompromiß zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Interesse der Beibehaltung des Kapitalismus, im Interesse des gesamten Wirtschaftsfriedens. Einen Ausweg, der den Kapitalisten neue Profite sichert und der Arbeiterschaft neue unerträgliche Lasten aufzwingt. Die Koalitionsregierung und ihre sozialdemokratischen Arbeitsminister, der auch das Ziel der reformistischen Gewerkschaftsführer ist, stellt Genosse Florin als Sprecher der kommunistischen Partei den proletarischen Ausweg gegenüber.

Genosse Florin

Wissell zunächst fest, daß in dem Kampfe der Ruhrarbeiter nicht eine Rechtsfrage, sondern eine politische Machfrage zum Ausdruck kommt. Er schildert die ungeheuerlichen Gewinne der Ruhrindustriellen, die Steigerung der Produktion auf Kosten der Arbeiter in der Form eines ungeheuren Antreiberstems, der Senkung des Reallohnes und der Steigerung der Unfallhäufigkeit und bezeichnet es als einen Schwindel, wenn die Unternehmer behaupten, daß sie nicht in der Lage seien, höhere Löhne zu zahlen.

Genosse Florin erbrachte dann den Nachweis, daß es ein offener Betrug ist, danach zu sprechen, daß die Unternehmer den Staat, wie die SPD behauptet, angegriffen haben. Sozialdemokratische Parteipräsidenten sind es ja, die gegen die kämpfenden Arbeiter vorgehen. Nach der Behauptung, daß ein Angriff auf das Schlichtungswesen von Unternehmenseite durch die Ausperrung erfolgte, ist verlogen, denn in der Ausperrung liegt in Wirklichkeit die Absicht der Kapitalisten, nicht das Schlichtungswesen an sich zu bekämpfen, sondern es zu zerstören im Sinne der Verschärfung der Schlichtungsregeln des kapitalistischen Staates. Genosse Florin zeigt den einzig möglichen Ausweg aus der Situation. Die von den Kommunisten eingebrachten Anträge müssen durch eine außerparlamentarische Klassenfront unterstützt werden. Die Arbeiter dürfen sich nicht mehr einfallen lassen durch die Vertretergruppen auf den Rechtsweg. Der Kampf muß auf die übrigen Industriegruppen erweitert werden. Aus den Betrieben heraus muß sich so eine einheitliche Front gegen das Finanzkapital bilden.

Die Arbeiter der Ruhrgruppen halten an ihren Forderungen unbedingt fest. Sie werden ihren Kampf verschärfen dadurch, daß sie die Arbeiter der übrigen Industrie mit hineinziehen in den großen Kampf. Sie werden zur Verstärkung des Kampfes die Notstandsarbeiten einstellen. So wird in einer einheitlichen Front von unten Einbezug auch der unorganisierten Arbeiter gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsführer eine gewaltige Massenfront entstehen, die allein den Sieg bringen kann.

Nach dem Gen. Florin sprach noch der Führer der christlichen Gewerkschaften, Siegerwald. Er hielt eine im höchsten Grade demagogische Rede, um offensichtlich gegenüber den christlichen Arbeitern die Wahnvorstellung des Zentrums wettzumachen. Er sprach von den schlechten Löhnen und den schmerzlichen Arbeitsbedingungen, und mußte sich durch kommunistische Zwischenrufe überzeugen lassen, daß die dem Zentrum angehörenden Unternehmer für diese Zustände die Hauptverantwortung tragen.

Den Wortlaut der Rede des Gen. Florin und der Erklärung Wissells bringen wir in unserer morgigen Nummer.

Berlin solidarisch mit dem Ruhrproletariat

Gestern abend dokumentierte die Berliner Arbeiterschaft von neuem ihre unerschütterliche Solidarität mit ihren ausgeperrten Klassenbrüdern des Ruhrgebietes. Die überfüllte, von der kommunistischen Partei einberufene Massenversammlung in den Charlottenhallen nahm einen glänzenden Verlauf. Die Empörung der Arbeiter zeigte sich bis zur Sieberhöhe, als die Versammelten den Urteilsspruch des Duisburger Arbeitsgerichts erlauten und weiter hörten, welchen Gestank der sozialdemokratische Arbeitsminister Wissell im Reichstag angehaucht hat. Einflimmige Annahme fand eine Resolution, die jeden Berliner Arbeiter verpflichtet, einen Stundenlohn für die Ausgeperrten zu spenden.

Vorbereitung auf die „Schicksalswende“

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt: „Deutschland steht an einer Schicksalswende und bedarf einer großen, sich ihrer entscheidenden Aufgaben voll bewußten Regierung. Es genügt nicht, daß die Entschlüsse dieser Regierung von einigen Parteien getragen werden, hinter dieser Regierung muß die Autorität einer Koalition stehen die sich auf eine unbedingt feste Mehrheit im Parlament und im deutschen Volke stützen kann. Damit ist die Zahl der kommenden Koalitionsverhandlungen, schließlich gegeben, mindestens ebenso bestimmt wie durch den Ausfall der Wahlen. Eine Minderheitsregierung kann uns nicht helfen. Wir bedürfen einer entschlußfähigen Mehrheitsregierung, einer starken und verantwortungsbewußten Regierung! Wenn der deutsche Parlamentarismus sie nicht schaffen kann, verdient er jede Kritik, die an ihm geübt wird!“

Diese offenerzogene Erklärung sagt: Erstens: „Deutschland steht an einer Schicksalswende“, aber mit anderen Worten: der deutsche Imperialismus bereitet fieberhaft die verhängte Offensive gegen die Arbeiterklasse und den Krieg vor!

Zweitens: dazu braucht man eine feste Mehrheit im „Volk“ und im Parlament. Das heißt, die „Schicksalswende“ wird mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie vorbereitet, die Eugenbergs-Stahlhelm-Methoden erscheinen gegenwärtig nicht geeignet.

Drittens: Die „Mehrheitsregierung“ muß sich auf die Mehrheit der Wahl vom 21. Mai das heißt auf die Koalition mit der SPD, stützen. Das heißt: Vorwärts auf der Panzerfrontlinie, vorwärts auf der Linie des Schlichtungswesens, vorwärts auf der Linie des laienfähigen Verrats der SPD und der ADGB-Führung. Die Erklärung bedeutet gleichzeitig, daß die Koalitionsverhandlungen weit fortgeschritten sind. Schon dieser Tage wird sich Herr Hermann Müller, in allen Punkten mit Stresemann, Goldschmidt einig, dem Reichstag vorstellen.

„Ökonomische Front“ gegen die Sowjetunion

Die Antisowjetkampagne in Holland hat einen neuen Aufstoß erhalten. Das Amsterdamer Tageblatt De Telegraf, das holländische Organ des britischen Petroleum-Magnaten Deering, zugleich das schärfste Deprogramm in Holland gegen die Sowjetunion, hat aus Anlaß des Zusammenstießes der russischen Kreditoren Frankreichs, Englands, Deutschlands, Belgiens, Hollands, Dänemarks und der Schweiz eine neue Kampagne gegen die Sowjetunion eröffnet. Es begrüßt diesen Versuch einer „ökonomischen Einheitsfront“ gegen die Sowjetunion. Gleichzeitig teilt es mit, daß die Unterhandlungen des Petroleumtrusts mit dem russischen Naphthalinbidat, an dessen Weiterung, die früheren Eigentümer zu entscheiden, gescheitert sind. Es fordert alle Regierungen auf, einen Druck auf die Sowjetregierung auszuüben, um die Entschädigung der früheren Eigentümer der Petroleumquellen zu erreichen. Das wäre zugleich ein wichtiger Schritt, um die Entschädigung aller von der Sowjetunion Exproprierten in die Wege zu leiten.

lages gibt, davon kein Wort. Er treibt die Demagogie sogar so weit, von den „Nietengewinnen der Industrie“ zu reden, ohne die Bewilligung der 750 Millionen Mark für die Ruhrindustriellen durch ihren Koalitionskanzler Marx auch nur zu erwähnen. Diese Leute spekulieren auf das schlechte Gedächtnis der Arbeiter und nehmen gleichzeitig denen, die die dringend notwendige Auffrischung des Gedächtnisses befragen wollen, den Kollegen der Opposition, durch die Ablehnung der Diskussion die Möglichkeit, die Frage vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus eindeutig zu stellen.

So war die Entschickung, die der Verammlung vorgelegt wurde, und die außer nichts jagenden allgemeinen Sätzen als einziges positives eine Seite gegen die kommunistische Partei enthielt, nur die Krönung des Ganzen. So sieht die „Einheitsfront“ der Bewegung in der reformistischen Praxis aus, um derentwillen man den Metallarbeiterfunktionen verwehrt, über den ihre Lebensinteressen beruhenden Kleinstkampf am Rhein und Ruhr zu diskutieren.

Die Dresdner Metallarbeiter haben alle Ursache, in ihren Betrieben das nachzuholen, was durch die Taktik ihrer Verhandsführung in der Funktionalkonferenz verhindert wurde. Sie müssen aber auch den politischen Sinn dieses Manövers der Föller und Genossen durchschauen. Wieder einmal zeigt sich das Spiel mit verteilten Rollen, das rechte und „linke“ sozialdemokratische Führer spielen. Während die Rechten trotz des Zusammenbruchs ihrer Theorie über Wirtschaftsdemokratie und „Volkstaat“ kampflos versuchen, auch jetzt noch diese Theorie zu verteidigen und die Arbeiter damit vom Kampf abzuhalten, schweigen die „Linken“, wenn die Stimmung der Arbeiter es verlangt, diese offen reformistischen Theorien tot, um mit ein paar radikalen Phrasen verdrängt um so härter den Kampf gegen die Opposition und die kommunistische Partei zu führen. Die Rollen in diesem Spiel werden hier und da vertauscht. So hat auch die „linke“ Dresdner Volkszeitung den Vorwärts-Schwindel vom „Kampf der Unternehmer gegen den Staat“ getreulich mitgemacht und sogar offen zum Kaufschwanz der Opposition aus den Gewerkschaften aufgerufen. Wenn sie nachher ebenso wie Föller in der DWA-Berammlung sich wohl hütete, die Frage des Staates, wie wir sie grundrichtig gestellt haben, auch nur zu berühren, dann wissen diese „Linken“ genau warum.

Es gibt keinen besseren Aufklärungsunterricht für die Richtung der von der kommunistischen Partei und der Opposition vertretenen marxistischen Auffassung vom Staat, (auch und gerade von einem sozialdemokratisch regierten) als Nachinstrument der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse als der gegenwärtige Kampf am Rhein und Ruhr. Dieser Kampf hat das Gebäude der Reformisten, dessen Säulen die Wirtschaftsdemokratie und die Koalitionspolitik sind, in einem jämmerlichen Trümmerhaufen verwandelt. Die Föller und Genossen wissen das so gut wie wir. Aber sie wissen, daß, wenn diese Erkenntnis Gemeingut der Arbeiterklasse wird, das den Tod des Reformismus überhaupt bedeuten würde. Darum diese Verhöhnungsmanöver, darum aber auch die schillernde Angst vor einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Opposition. Es wird ihnen nichts helfen. Die harte Sprache der Tatsachen wird der Arbeiterschaft die Ohren öffnen für das, was auf Grund einer verlogenen kommunistischen in der Funktionalkonferenz des DWA noch unterdrückt werden konnte, was aber in den nächsten Wochen und Monaten mit deutscher Klarheit jedem Klassenbewußten Arbeiter aus Erfahrung an seinem eigenem Leibe bewußt werden muß.

Ihre Front, die Front der Reformisten, steht gegen die Opposition und gegen die revolutionäre Arbeiterschaft an der Seite der Koalitionsregierung, die die Regierung des Finanzkapitals ist und damit an der Seite der Unternehmer.

Unsere Front ist diese: Klasse gegen Klasse, Proletariat gegen das Unternehmertum, samt seinem staatslichen Unterdrückungsapparat und samt denen, die seinen kapitalistischen Charakter verteidigen, sei es durch rechte, sei es durch „linke“ reformistische Manöver.

Die sächsischen Hüttenarbeiter erneut vor der Entscheidung

Der im November 1927 gefällte und im Januar 1928 für verbindlich erklärte Schiedsspruch für die sächsischen Hüttenindustrie ist vom Reichsarbeitsgericht für rechtsgültig erklärt worden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, beabsichtigt die Direktion der Mitteldeutschen Stahlwerke, von ihren Belegschaften zu fordern, daß ab Sonntag, den 18. November nach der im Schiedsspruch vorgeschriebenen Arbeitszeit zu verfahren ist. Das bedeutet, daß an Sonntagen bereits 19 Uhr die erste Charge folgen soll und die Arbeiter somit bereits am Sonntag mittag die Arbeit aufnehmen müssen. Hinzu kommt noch, daß laut dieses Schiedsspruches in den Kalkbetrieben die 57stündige Arbeitswoche festgesetzt ist und am 1. Januar 1929 in Kraft tritt.

Die sächsischen Gewerkschaftsführer hatten bekanntlich gegen die damalige Entscheidung in der Arbeitszeitfrage Klage beim Reichsarbeitsgericht erhoben. Mit diesem Urteil wird die Frage der Arbeitszeit vor den sächsischen Hüttenarbeitern erneut auf die Tagesordnung gestellt. Die Mitteldeutschen Stahlwerke nutzen jetzt dieses Urteil aus und glauben im Bunde mit den rheinischen Stahlbetrieben, auch in den sächsischen Hüttenwerken erneute Verschlechterungen in der Arbeitszeit durchsetzen zu können. Jetzt liegen die Dinge so, daß die Sonntagsarbeit im Stahlwerk erst um 19 Uhr beginnt.

Nach den Plänen, die jetzt vom Mitteldeutschen Stahlwerk durchgesetzt werden sollen, würde die Arbeitszeit am Sonntag bereits gegen Mittag beginnen. Das aber würde bedeuten, daß den Arbeitern in den Stahlwerken festlicher freie Sonntag genommen würde.

Die Belegschaften, insbesondere die Arbeiter der sächsischen Gußstahlhütte, müssen sofort in Betriebsversammlungen zu dieser Frage Stellung nehmen. Die Forderung der Hüttenarbeiter muß sein: 48-Stunden-Woche, dreiteilige Schicht in allen Abteilungen der Hüttenbetriebe, in denen bisher noch unteilhaft gearbeitet wurde. Dieses Ziel aber wird nur erkämpft werden können, wenn die sächsischen Hüttenarbeiter enge Verbindung und praktische Solidarität mit ihren Kollegen an der Ruhr üben.

Arbeitszeit- und Lohnkampf auch im unteren Kreis Solingen

Die Metallarbeiterverbände haben den Rahmentarif und das Lohnabkommen für den unteren Kreis Solingen zum 30. November gekündigt. Die Gewerkschaften haben folgende Forderungen gestellt:

Einführung der täglichen achtstündigen Arbeitszeit mit entsprechendem Lohnausgleich.
Der Lohn der Jahresarbeiter über 22 Jahre ist von 80 auf 90 Pfennig zu erhöhen.

Briefe von Ausgeperrten

Essen, den 9. November 1928.

An das Sekretariat der ZNS.

Werte Genossen!

Gerade heute, am Geburtstag der deutschen demokratischen Republik, haben wir Ausgeperrten die Fürsorge des Staates für seine wertvollen Bürger so richtig kennen gelernt. Wären wir nur auf die Fürsorge des Staates und seiner „Stützen“ angewiesen, so könnten wir uns getrost schon jetzt nach einem Platz auf dem Friedhof umsehen. Glücklicherweise gibt es aber noch eine andere „Fürsorge“, die allseits Hilfe der ZNS. Ich und meine Frau möchten Euch unseren herzlichsten Dank für die Mittageßen aussprechen, die Ihr uns zugeteilt habt, obwohl wir nicht organisiert sind. (Nicht politisch und auch nicht bei der ZNS.) Wenn die Ausperrung vorbei ist, wollen wir Euch gerne in Eurem Wert unterstützen. Hoffentlich wird der Kampf nicht früher abgebrochen, bevor nicht unser Erfolg feststeht.
Mit proletarischem Gruß
P. G. Essen.

Bösum, den 9. November 1928.

Werte Freunde!

Da ich als Unorganisierter keine Unterstützung bezog, kam mir die Suppenverteilung der ZNS ganz besonders zu Hilfe. Ich habe drei Kinder und meine Frau erwartet ihr viertes. Daß die Kinder jetzt von der ZNS regelmäßig Essen bekommen, nimmt mir eine große Sorge ab.
Ich spreche hiermit allen Freunden von der ZNS meinen Dank aus.
Mit proletarischem Gruß
Wilhelm Kolbe.

Unterstützt die Sammelaktion!

Fordert Aktien vom ZNS-Bureau, Überbahnstraße 24, an!

Vor dem Textil-Kampf

Verschärfte Lohnabbau-Offensive trotz Riesengewinne der Unternehmer / Aussperrung am 1. Dezember? Reformisten bereiten die Kapitulation vor / Textilarbeiter, organisiert die Kampffront gegen Unternehmertum!

Die „notleidenden“ Industriellen

Der sächsischen Textilindustrie bereiten einen großzügigen, wohlüberlegten Angriff auf die Arbeiterschaft vor. Der ausgesprochene Zweck dieser Aktion ist, die bestehenden Hungerlöhne zu stabilisieren, die Profite der Unternehmer zu steigern. Die Unternehmer begründen die Kündigung der Lohnabkommen und ihre Forderung auf Verlängerung der durch den Schiedspruch vom 28. September 1927 geschaffenen Tarifverträge bis zum 31. Dezember 1930, also um weitere zwei Jahre, mit dem Hinweis, daß ihre Betriebe nicht in der Lage seien, auch nur irgendwelche Lohnerhöhungen zu tragen. Wir begnügen uns damit, einige Beispiele der geachteten Dividenden in den ost-sächsischen Textilunternehmungen anzuführen, um die unerschämte Lage der profitierlichen Textilbarone zu widerlegen. Es zählten an Dividenden:

Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufaktur AG, Dresden	Dividende in Prozenten	
	1926/27	1927/28
Mechanische Weberei AG, Zittau	8	12
Bereinigende Deutsche Textilwerke Zittau	4	7
Wagner u. Moras AG, Zittau	6	10
Wäscherei Erben AG, Ebersbach	4	8

Wir könnten diese Beispiele noch beliebig vermehren und könnten insbesondere aus der Metropole der sächsischen Textilindustrie, aus dem Chemnitzer Bezirk, außerordentlich reichhaltiges Material und wichtige Zahlen über den reichen Dividendenreichtum, den die Industriellen der Textilindustrie in den letzten Jahren eingestrichen haben, vororientieren. Wir begnügen uns für heute mit diesen wenigen Beispielen, die an sich den Nachweis einer

50- bis 100prozentige Steigerung der Dividende

allein im vergangenen Geschäftsjahr erbringen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß in den Dividendenzahlen nur ein Teil des Profites zum Ausdruck kommt. So steht ohne Zweifel fest, daß ein viel größerer Teil des aus den Knochen der Arbeiter herausgeschundenen Profites durch Abschreibungen, Lohntilgung, Richtigstellungen beteiligter Direktoren, persönlichen Aufwands, und nicht zuletzt auch auf Konto „Geschäftskosten“ verschleiert wird.

Trotz dieser gewaltigen Profite versuchen die Unternehmer ihre Forderungen auf Lohnabbau mit allen Mitteln durchzusetzen. Sie wollen nicht nur die Sonderprofite der kapitalistischen Rationalisierung verfliegen in ihre eigenen Taschen lassen, sondern wollen durch die Stabilisierung der erbärmlichen Nominallöhne dem Reallohn noch weiter herabdrücken. Die Forderung der Unternehmer, die geltenden Löhne bis zum 31. Dezember 1930 weiter laufen zu lassen, bedeutet praktisch, daß die Textilarbeiter in einem Zeitraum von drei Jahren keine Lohnerhöhung erhalten.

Die traurige Lage der Arbeiter

In der Textilindustrie Ost Sachsens soll nach dem Willen der Unternehmer für die Zukunft noch menschenunwürdiger gestaltet werden. Die Lebenshaltungskosten sind selbst nach den statistischen Feststellungen des bürgerlichen Instituts für Konjunkturforschungen allein in den letzten drei Jahren um rund 10 Prozent gestiegen. Bei einer gleichbleibenden Entwicklung, die Steigerung der Eisenbahntarife, Kohlen- und Eisenpreise bedeuten jedoch auf eine wesentlich größere Steigerung der Lebenshaltung hin, würde die Indexzahl am 31. Dezember 1931 ungefähr 100 betragen. Wenn es den Unternehmern gelingt, ihre Forderung auf Verlängerung der bestehenden Tarife durchzusetzen, würde das einen Lohnabbau von über 10 Prozent bedeuten.

Die Unternehmer tragen sich aber auch mit der Absicht, in allen sächsischen Textilbetrieben die Affordilöhne herabzusetzen. Diese geplante Herabsetzung der an sich erbärmlichen Nominallöhne bedeutet in Verbindung mit der beabsichtigten Senkung der Reallohn eine Abbau von etwa 40 Prozent. Dabei muß festgestellt werden, daß die Löhne besonders der ost-sächsischen Textilarbeiter, wir verweisen hier auf die Berichte unseres Sonderkorrespondenten aus der Oberlausitz, weit unter dem liegen, was notwendigerweise zur Befreiung des nackten Lebensunterhaltes der Arbeiter erforderlich ist.

Die Löhne der Textilarbeiter liegen auch weit unter der Summe, die selbst vom ADGB Sachsen im Oktober 1928 als notwendiges Minimum zur Befreiung des Lebensunterhaltes einer fünfköpfigen Familie angegeben wurde. Der ADGB Sachsen bezeichnet dafür als Mindestlohn den Betrag von 48 M. wöchentlich. Diese Summe ist aber so niedrig, daß sie nicht ausreicht, um nur die tatsächlichen, für eine menschenwürdige Lebenshaltung notwendigen Ausgaben zu bestreiten.

Das Einkommen der ost-sächsischen Textilarbeiter entspricht aber in keinem Falle selbst dieser ungenügenden Summe. Von den Löhnen der Textilarbeiter Sachsens, die als die schlechtestbezahlten Industriearbeiter anzusprechen sind, gehören die der ost-sächsischen Textilarbeiter zu den erbärmlichsten. Die Differenzen in der Lohnhöhe in den verschiedenen Branchen und Tarifbezirken in Sachsen sind ganz außerordentlich. Dafür einige Beispiele:

In der Baumwollindustrie werden als Stundenlohn an die Hilfsarbeiter in Westsachsen 61,5 Pf., in Ostsachsen jedoch nur 49,9 Pf. gezahlt. In der Leinenindustrie werden gezahlt: Westsachsen 59,5 Pf., Ostsachsen 49,5 Pf. In der Tuchindustrie: in Westsachsen 61,0 Pf., in Ostsachsen 57,2 Pf. Am größten ist die Differenz in der Juteindustrie. Sie beträgt dort bei den Hilfsarbeitern rund 12 Pf. pro Stunde zwischen West- und Ostsachsen.

So wie bei den Hilfsarbeitern, liegen die Dinge auch bei den gelehrten Arbeitern, bei den Wirtern, Strickern und Webern. Noch unerträglicher ist die Lage der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen und Jugendlichen.

Angesichts der obengenannten tariflichen Stundenlöhne, die bei Affordarbeit nur um höchstens etwa 10 Prozent überschritten werden, läßt sich sehr schnell ein Bild über die für die Arbeiterschaft unhaltbar gewordene Lage zeichnen.

Die Forderung der Opposition

Im Textilarbeiterverband ist es deshalb schon seit langem: Ausnutzung der bisher günstigen Konjunkturverhältnisse zur Erhöhung dieser jämmerlichen Tariflöhne. Die reformistische Verbandsleitung, die Feinhals, Imahr und Badstübner aber lehnten das ab. Ihnen stand die unbedingte Tariftreue den Industriellen gegenüber höher als die Lebensinteressen der Arbeiter. So konnten die Unternehmer in Ruhe ihre Profite einheimsen.

Nach am 28. September 1928 lehnte die unter dem Einfluß der reformistischen Bureaucratie stehende sächsische Funktionärskonferenz des DTB die Kündigung der Verträge gegen die starke oppositionelle Minderheit mit 93 gegen 45 Stimmen ab. Die Hauptargumente der Verbandsführung zur Abwägung der oppositionellen Anträge waren damals der Kampf der sächsischen Textilindustrie, der den Verband angeblich zu stark belaste, und in zweiter Linie der Hinweis auf die Verlegung des Lohnkampfes in eine Zeit besserer Konjunktur.

Es war zu erwarten, daß die Textilindustriellen in Sachsen dieser Taktik des Ausweichens und der Unterwerfung ihre Strategie des konzentrierten Angriffes entgegenzusetzen würden. Sie kündigten am 27. Oktober im Einverständnis ihrer Zentralorganisation und in Uebereinstimmung mit den Angriffsplänen des Reichsverbandes der deutschen Industrie sämtliche Lohnverträge und formulierten ihre bekannten unerschämten Forderungen.

Erst nach dieser unerhörten Pronotifikation, die in der gesamten Textilarbeiterchaft die Wellen der Empörung hochschlagen ließ, sahen sich die Reformisten im DTB unter dem Druck der Arbeiter gezwungen, erneut zur Lage Stellung zu nehmen. Erst jetzt bequeme man sich, zum Abschluß der von den Unternehmern gefälligen Tarifverträge Forderungen aufzustellen.

Es kann wirklich nicht gesagt werden, daß die von der Opposition aufgestellten Forderungen:

- 20 Pfennige Lohnerhöhung auf die bestehenden Grundlöhne für alle Arbeiter, entsprechende prozentuale Erhöhung der Stücklohn- und Affordilöhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Abschluß des Lohnabkommens auf die Dauer eines Vierteljahres, Ablehnung aller Schlichtungsaktionen

über das Maß dessen hinausgehen, was selbst der ADGB Sachsen als das Mindestmaß eines unbedingt notwendigen Existenzminimums bezeichnet.

Das aber, was die Reformisten als Forderung aufgestellt haben, ist angesichts der jetzt gegebenen Lage für die Unternehmern geradezu die Aufmunterung zu noch größerer Hartnäckigkeit. Die aufgestellten Forderungen lassen nicht nur erkennen, daß die Verbandsleitung gar nicht den ernsthaften Willen hat,

350 Menschen in Seenot

III. Neuport, 12. November. Der 10 000-Tonnen-Dampfer „Bektis“ befindet sich 100 Meilen vor der Küste von Virginia bei schwerer See in großer Seenot. Die Gründe sind bisher noch unbekannt. Nach den letzten Meldungen müht die 200 Passagiere die Rettungsboote bestiegen, da sich das Schiff bereits auf die Seite legte. Von allen Seiten begeben sich Dampfer zur Unfallstelle. Das Marineministerium in Washington gab dem

„Ebert hätte sich damit abgefunden“

... So hätte sich Ebert damit abgefunden, daß ein sächsischer Feind von Monarchie hängen geblieben wäre... Es zeigte sich, daß der Bürgerkrieg zwischen Republikanern und Monarchisten nur ein Schredgespenst unserer Phantasie gewesen war.

Wiso Stämpfer im Abend-Vorwärts vom 9. November. Seine Worte sind aus mehr als einem Grunde bemerkenswert. Sein Geständnis über Ebert sei noch ein wenig erweitert; tatsächlich hätte der sich nicht nur mit der Monarchie abgefunden, wie Stämpfer zugibt, er hat für ihre Erhaltung gekämpft und Scheidemann bittere Vorwürfe gemacht, als dieser die Republik ausrief, weil er die Proklamierung der Sowjetverfassung durch Karl Liebknecht fürchtete.

Natürlich war „der Bürgerkrieg zwischen Republikanern und Monarchisten nur ein Schredgespenst“, aber dieses Schredgespenst wurde von den sozialdemokratischen Führern absichtlich betäubt, um die Arbeiter daran zu hindern, das Kapital seiner wirklichen, der ökonomischen Macht zu entziehen. Die alte Gewalt hatte wahrhaftig nicht nötig, den Bürgerkrieg zu entfesseln; war ihre Sache doch in den Händen der sozialdemokratischen Chefs gut aufgehoben. Die eröffneten schnell den Bürgerkrieg — zwar nicht gegen die Reaktionäre, aber gegen deren wirkliche Feinde, die revolutionären Arbeiter. Nicht Weitzel und Hindenburg — Noske und Ebert besorgten das Werk der Demoralisierung der sozialistischen Front.

Das Kapital hat es ihnen gedankt: als die Herren der Bourgeoisie, ausgeplattet mit den Minister- und Präsidentswürden der bürgerlichen Republik, gehen sie in die Geschichte ein.

die erbärmlichen Hungerlöhne nennenswert zu verbessern. Ihre Forderung von 10 Pf. für männliche und 8 Pf. für weibliche Arbeiter zeigt deutlich, daß es ihre Absicht ist, die Differenz zwischen ihren Forderungen und einem eventuellen geringfügigen Unternehmerangebot oder Schiedspruch von vornherein nicht zu groß werden zu lassen. Mit dieser angelegten der erbärmlichen Löhne außerordentlich niedrigen Forderung soll der Abschluß eines von den Reformisten angebotenen Schiedsvertrages ermöglicht werden.

Die Tatsache, daß seitens der Verbandsleitung nichts getan wird, um den bevorstehenden Kampf vorzubereiten, läßt deutlich die Absicht erkennen, daß die Führung des DTB in ihrer wirtschafts-demokratischen Begeisterung jedem Kampf von vornherein aus dem Wege gehen will. Deshalb sind sie auch bestrebt, die Kündigung auf einen Zeitpunkt zu verlegen, der unter Hinweis auf die ungünstige Kampfsituation kurz vor Weihnachten, auf das Abflauen der winterlichen Saisonkonjunktur, ihnen beim Abschluß eines neuen Tarifes ohne wesentliche Verbesserungen keinen allzu großen Widerstand erwarten ließ.

Was muß jetzt getan werden?

Es ist klar, daß die reformistische Taktik und Strategie unermesslich zu einer Niederlage der Arbeiter führen muß. Gelingt es ihnen, die Führung in diesem Kampfe zu behalten, werden die Textilarbeiter die Betrogenen sein. Wollen sie das nicht, dann müssen sie sich die Forderungen der Opposition für eine revolutionäre Strategie zu eigen machen; müssen sich nicht nur gegen die unzulängliche Forderung der Reformisten erklären, die für die jugendlichen Arbeiter im günstigen Falle, bei restloser Erfüllung dieser kläglichen Forderung, drei oder vier Pfennige betragen würde. Die Textilarbeiter müssen jetzt angesichts der für den 1. Dezember angekündigten Aussperrung alle Vorbereitungen für diesen Kampf treffen.

In den Betrieben müssen die Arbeiter den Unternehmerangriff mit der Entreichung der Forderungen beantworten. Lehnen die Unternehmer es ab, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, dann müssen die Arbeiter unter Beachtung der besonderen Verhältnisse den Kampf auf betrieblicher Grundlage schon jetzt eröffnen.

Bereits Ende dieser Woche beginnen die Verhandlungen mit den Unternehmern.

Die Arbeiter haben alle Verantwortung, der DTB-Führung mit größtem Mißtrauen entgegenzutreten. Die Textilarbeiterführung hat das Bestreben, den Kampf auf jeden Fall zu verhindern, obwohl der Streik in dieser Situation die einzige Möglichkeit ist, die Lohnbedingungen der Textilarbeiterchaft entscheidend zu verbessern. Deshalb aber müssen jetzt in allen Betrieben unermüdet die Vorbereitungen für den bevorstehenden Kampf getroffen werden. Die Wahl von Kampfleitungen, und durch dieselben Organisierung des Kampfes, Mobilisierung der Textilarbeiter, das ist der einzige richtige Weg, der begangen werden muß, wenn die Textilarbeiterchaft Opferung nicht eine ähnliche Niederlage erleiden will, wie ihre Kollegen im Münchener Gladbacher Revier. Je entschlossener, je fester die Arbeiter den Angriff der Unternehmer mit der Gegenoffensive beantworten, um so größer sind die Aussichten ihres Sieges.

Oberbefehlshaber der amerikanischen Marine den Befehl, alles aufzugeben, um dem sinkenden Schiff zu Hilfe zu eilen.

Die „Bektis“ verloren
III. Neuport, 12. November. Laut Funkpruch des Küstenwachschiffes „David“ wurde die „Bektis“ als verloren aufgegeben. Sämtliche Passagiere, einschließlich der Vorkommandanten, haben das Schiff verlassen.

350 Passagiere an Bord der „Bektis“
III. Neuport, 12. November. Wie ergänzend gemeldet wird, befanden sich an Bord des Dampfers „Bektis“ nicht nur 200, sondern 350 Passagiere, die aber wahrscheinlich alle in den Rettungsbooten untergebracht werden konnten.

Uitwinow verschwunden
III. Berlin. Wie Berliner Blätter aus Paris melden, hat die Polizei die Untersuchung im Fall Uitwinow abgeschlossen und das Material dem Untersuchungsrichter übergeben. Uitwinow hat seine Wohnung verlassen und ist seitdem verschwunden.

Zwei Arbeiter vom Zuge zermalmt
III. Gleiwitz. An der Bahnstrecke Gleiwitz-Kandryn wurden Montag zwei Arbeiter, die sich auf der Strecke befanden und das Warnungssignal des Streckenwärters überhörten, von einem Schnellzug erfasst. Einer der Arbeiter wurde vollständig zermalmt, dem zweiten wurde die Schädelkapsel abgerissen. Beide waren sofort tot. Der Unglücksfall ist auf die Unvorsichtigkeit der getöteten Arbeiter selbst zurückzuführen.

Ein Zug fährt in eine Arbeitergruppe
III. Halle. Am Montag morgen fuhr in der Nähe von Deuden ein Zug in eine Arbeitergruppe. Ein Arbeiter wurde getötet und einer schwer verletzt. Infolge des starken Nebels hatten die Arbeiter das Herannahen des Zuges nicht bemerkt.

Seuchenausbruch in Indien
III. London. In Satara, in der Nähe von Poona, wo die englische Verfassungskommission bis vor einiger Zeit ihr ständiges Hauptquartier aufgeschlagen hatte, ist nach Berichten aus Bombay eine gefährliche Seuche ausgebrochen. In den letzten zwei Monaten sind 5000 Personen erkrankt, von denen nicht weniger als 3000 gestorben sind.

Unterbezirk Birna / Gemeindevertreter-Konferenz

Sonabend, den 17. November 1928, 18.30 Uhr, im Volkshaus Birna (kleiner Saal) / Kompol.-Abtlg.

Die politische Plattform der Verführer

Die Tagung des Zentralkomitees und im Anschluß daran die Tagung der Reichsparteiarbeiterkonferenz gab Gelegenheit, die Stellungnahme der verführerischen Gruppe in der Einschätzung der allgemeinen politischen Lage und ihre Stellung zur Linie der Komintern und der Partei erneut zu überprüfen und abzulehnen. Die Gruppe der Verführer wird nicht müde, zu betonen, daß sie mit den Beschlüssen des 6. Weltkongresses „einvertraut“ sei, genau so wie sie noch bis vor kurzer Zeit behauptete, daß „keinerlei“ politische Differenzen zwischen der Parteimehrheit und ihr bestände. Und in der Tat, ihre „Erklärungen, Memoranden“ usw., die sie nach Art der rechten Gruppe abfassen, zeichnen in der Hauptsache über „den falschen innerparteilichen Kurs“ auch bei diesen Gelegenheiten betonen sie, daß politische Differenzen nicht beständen.

Wir haben bereits in 2 Artikeln „Was wollen die Verführer?“ eine Reihe von Tatsachen und Beispielen dafür angeführt, wie die Führer der verführerischen Gruppe ihre opportunistische, von der Linie der Komintern abweichende, besonders politische Plattform bezogen haben. An dieser Stelle sei auch verwiesen auf die Rede des Genossen Ewert, die er zum Punkt 1 der Tagesordnung auf dem 6. Weltkongress gehalten hat und die eine ganz offensichtliche politische Stellungnahme gegen die Rede des Genossen Thälmann darstellt. Das kam ebenso deutlich in der am Schluß der Diskussion über den ersten Tagesordnungspunkt auf dem 6. Weltkongress abgegebenen Erklärung des Genossen Ewert zum Ausdruck. Die diesbezüglichen Reden und Erklärungen sind in der Inspektorat abgedruckt, so daß es sich erübrigt, hier noch weiter darauf einzugehen.

Wesentlich ist heute die Stellungnahme des Genossen Ewert zum Bericht über den 6. Weltkongress, dessen politische Gesamtlinie in der Resolution der Reichsparteiarbeiterkonferenz zum Ausdruck kommt, die wir in der Dienststammnummer der „Roten Rasse“ abgedruckt haben.

Der Genosse Ewert unterbreitete zu dieser Resolution eine Reihe Abänderungsanträge. Sehen wir uns diese genauer an: Er beantragte 1. zu Punkt 1 der Resolution, wo es heißt: „Nach sorgfältiger Prüfung der Lage in der Sowjetunion und in der KPSS wurde die Politik des 3. der KPSS, der Kurs des 14. Parteitagess auf die Industrialisierung des Landes und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, der Kurs des verführerischen Angriffs auf alle kapitalistischen Elemente als der leninistische Weg zum Aufbau des Sozialismus vollkommen gebilligt.“

Hierzu beantragte der Genosse Ewert, hinter das Wort „Elemente“ einzufügen: „unter Aufrechterhaltung des Bündnisses der Arbeiter mit den Bauern und der Masse der Mittelbauern.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt, da auf dem 14. Parteitag der KPSS als das Neue und daher das meiste der Diskussion und der Beschlüsse nicht in der Frage des Bündnisses bestand, sondern auf ganz anderen Gebieten lag. Aber dieser Antrag mußte auch schon deswegen abgelehnt werden, weil er in der Frage des Bündnisses der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion eine noch schlimmeren opportunistischen Fehler enthält. Genosse Ewert lehnt in seiner Formulierung die Diktatur mit der Masse der Mittelbauern auf eine Linie. Er spricht von einem „Bündnis der Arbeiter mit den armen und den Mittelbauern“. Jeder Genosse weiß aber, daß die Diktatur unmittelbar der proletarischen Klassenfront zugehört, ein Bestandteil dieser proletarischen Klassenfront ist, also mit den Arbeitern kein „Bündnis“ eingehen kann und das Bündnis nur bestehen kann aus den Arbeitern in Stadt und Land, also die Arbeiter plus Diktatur mit der Hauptmasse der Mittelbauern. Das Zentralkomitee und die Reichskonferenz mußten den Antrag des Genossen Ewert auf „Verbesserung“ der Resolution an dieser Stelle ablehnen, wenn sie nicht selbst herabsteigen wollten zu dem Bauernopportunisten Ewert.

Genosse Ewert beantragte 2. in Punkt 2 der Resolution folgende Veränderung vorzunehmen. In der Resolution steht es: „Auf Grund der Beurteilung unserer Epoche als Zeitalter der proletarischen Revolution, auf Grund der Einschätzung der Sowjetunion als Staat der proletarischen Diktatur, auf Grund der Aufstellung des nichtkapitalistischen (sozialistischen) Entwicklungsweges für die Kolonien arbeitet das Programm die strategischen und taktischen Hauptaufgaben für alle kommunistischen Parteien heraus.“

Hier beantragte der Genosse Ewert, hinter das Wort „Aufstellung“ einzufügen: „der Möglichkeit auch“.

Das Zentralkomitee hat diesen Antrag abgelehnt und hat die betreffenden Stellen wie folgt geändert: „Auf Grund der Beurteilung unserer Epoche als Zeitalter der proletarischen Revolution, auf Grund der Einschätzung der Sowjetunion als Staat der proletarischen Diktatur, auf Grund der Möglichkeit des sozialistischen Entwicklungsweges für die Kolonien und unter der Heberbringung der kapitalistischen Entwicklungssphäre, arbeitet das Programm die strategischen und taktischen Hauptaufgaben für alle kommunistischen Parteien heraus.“

Was wollte der Genosse Ewert mit seiner Formulierung „der Möglichkeit auch“? Um dies zu verstehen, muß man den scharfen Kampf, der über dieses Problem auf dem Weltkongress bei Punkt 4 der Tagesordnung über die „revolutionären Bewegungen in den Kolonien“ ausgetragen worden ist, beachten. Dort hatte eine Gruppe von Genossen eine Theorie vertreten, die im schärfsten Gegensatz zum Marxismus-Leninismus über das Problem der „Ueberbrückung der kapitalistischen Entwicklungssphäre“ besteht: während die genannten Genossen, zu der die Mehrheit der englischen Delegation zählt, dieser leninistischen Theorie die von der Zweiten Internationale anerkannte Lehre von der „Entkolonialisierung der Kolonien“ entgegengesetzte, Genosse Ewert versuchte hier ein Kompromiß zwischen diesen beiden Standpunkten in die Resolution der Reichsparteiarbeiterkonferenz einzuschmuggeln, indem er mit dem Wörtchen „auch“ zum Ausdruck bringen will, daß das, was Lenin als die Hauptlinie der Entwicklung bezeichnete, als eine „Möglichkeit“ darzustellen vermag, während in der Hauptlinie die Entkolonialisierungstheorie recht bekommen sollen. Natürlich lehnte das ZK und die Reichsparteiarbeiterkonferenz diese opportunistische Verführung des Leninismus ebenso scharf ab, wie das der Weltkongress mit der Entkolonialisierungstheorie getan hat.

Das Sekretariat des ZK sah sich veranlaßt, die ursprüngliche Formulierung, wie sie im ersten Entwurf war, so zu verändern,

daß sie sich streng an die leninistische Terminologie anlehnte, um allen „Verbesserungs-“ und Deutungsversuchen entgegenzutreten. Der dritte Antrag des Genossen Ewert hatte folgendes zum Inhalt: „Im dritten Abich der Resolution heißt es: „Die teilweise und zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus wird nicht lehr, wie die Opportunisten in uleren Reihen behaupten, sondern sie wird fauler und schwächer.“ Genosse Ewert beantragt hier die Streichung dieses Satzes und Ersetzung durch folgenden Satz: „Die teilweise und zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus erzeugt so neue gigantische Widersprüche, die die Partei vor immer größere Kampfaufgaben stellen.“

Hier teilt der Opportunismus des Genossen Ewert am schärfsten in Erscheinung. Er bestreitet, daß die Stabilisierung fauler und schwächer wird. Er hält die Stabilisierung, von der er zum Schein zwar erkennt, daß sie eine „zeitweilige“ ist, noch für eine lange Dauer für möglich. Er leugnet einfach die neue gigantische Widersprüche, die sich aus der teilweise und zeitweiligen Stabilisierung im Gefolge haben. Das ist Opportunismus reinen Wassers. Ebenso wie oben ist seine Abweichung bei allen anderen Punkten. Beim vierten Antrag dieser Art handelt es sich um folgendes: „In Punkt 6 der Resolution heißt es: „Angesichts der drohenden Zuspaltung der Lage völligen alle bürgerlichen Parteien und Organisationen eine scharfe Rechtsabwehr.“

Der Genosse Ewert beantragte, diesen Satz zu streichen und ihn durch folgenden Satz zu ersetzen: „Angesichts der drohenden Zuspaltung der Lage völligen alle bürgerlichen Parteien und Organisationen die verschiedenen Manöver zur Sammlung ihrer Klassenkräfte.“

Auch hier vertritt Genosse Ewert, die Verhärterung der Klassenkampftheorie einfach zu leugnen. Die Anwendung offener Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, die Durchdringung der

gemeinsame Front mit den Rechten, um gegen die Parteimehrheit zu schlagen. Das charakterisiert besser als alles andere das wahre Gesicht des Verführertriums.

Der letzte Abänderungsantrag des Genossen Ewert bezieht sich auf folgenden Punkt: „In der Resolution heißt es unter Punkt 12 Absatz b: „Schonungsloser bolschewistischer Kampf und entschlossene Anwendung der Parteidisziplin gegen die rechte Fraktion. Vollständige Liquidierung des Liquidatorientums, systematische Kampfs für die restlose Ueberwindung der schwankenden verführerischen Gruppierungen in der Partei. Kollektive Sicherung der Parteieinheit der Parteidisziplin und der revolutionären Linie des Kommunismus im Kampf gegen den Klassenfeind und seiner Agenten in der Arbeiterbewegung.“

Der Genosse Ewert forderte die Streichung dieses Absatzes und Ersetzung desselben durch folgende Formulierung: „Kampf gegen alle liquidatorischen Elemente. Systematischer Kampf gegen rechte Auffassungen und Gruppen sowohl mit den Mitteln der Ueberzeugung, wie auch mit organisatorischen, Ueberwindung aller Schwankungen gegenüber den rechten Gefahren in der Partei. Durchführung eines innerparteilichen Kampfes, der die Gefährlichkeit der Parteieinheit und das für immer mehr entwickelnde falsche innerparteiliche Enten, das zu Auswüchsen aller Art führt, aufhebt.“

Was vertritt hier der Genosse Ewert? Erstens bestreitet er, daß es in der Partei eine rechte Fraktion gibt. Für ihn existieren nur einige liquidatorische Elemente. Zweitens erachtet der Genosse Ewert auch die Parteidisziplin als etwas sehr Ueberflüssiges. Drittens stimmt er in das Gebot mit ein über „das falsche innerparteiliche Enten, das zu Auswüchsen aller Art führt“. Dem Genossen Ewert ist längst schon das Gefühl überkommen, wie sehr er sich damit auf eine Linie abgeben gekommen, wie sehr in der Vergangenheit und des heutigen liquidatorischen Gruppen in der Vergangenheit und des heutigen innerparteilichen Kampfes, bei Trödel und Thälheimer ist es das „falsche innerparteiliche Enten“ und bei Ewert? — daselbst! Auch hier wieder äußert sich wie bei Punkt 4 der politische Bloß der Rechten und Verführer, der bei den Verführern mit Redensarten vom „Kampf gegen die Rechten“ nicht geändert, sondern zulehends tiefer geworden ist.

Wir brauchen ja nur daran zu erinnern, daß die Gruppe der Verführer in der Benennung des Zentralkomitees gegen die Resolution zum Bericht des 6. Weltkongresses stimmte und erst auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz unter dem Druck der überwältigenden Mehrheit der Parteimitglieder den Rücktritt stimmte, indem sie aber auch hierbei „manövierten“ mit einer „Erklärung“, deren Vorbehalte der Ablehnung der Resolution gleichzusetzen ist.

Die überwältigende Mehrheit des Zentralkomitees, der Reichsparteiarbeiterkonferenz und die Gesamtpartei lehnt den Opportunismus genau so wie die parteiindividuellen Methoden der Verführer ebenso entschieden ab, wie die des Liquidatorientums. Nachdem die Gesamtpartei beschlossen hat, muß sich das Verführertrium eindeutig erklären, ob es die Gefährlichkeit seines Weges erkennt und sich zurückzieht auf die politische Linie der Gesamtpartei, und der Komintern, oder ob es die liquidatorische Gruppe unterstützen will. Die Entscheidung hierüber liegt nicht bei der Mehrheit der Partei oder bei der Komintern die beide klar und deutlich gesagt haben, die Entscheidung liegt bei den Verführern selbst. Sie müssen wählen!

Vor zehn Jahren

„Das deutsche Volk hat sein Schicksal in der Hand!“

Nach wie vor unter Volk vor solenneeren Entschlüsse und Entscheidungen gefaßt worden als in diesen Tagen. Noch nie hat dem Volksoberhaupt die Hilfe jedes einzelnen mit allem, was er ist und hat, so bitter notgetan. Die Nacht über unser aller Wohl und Wehe ist in Wahrheit jedem einzelnen von uns anvertraut.

Macht verpflichtet —

Zeit ist die Zeit der unerbittlichen Tat! Die 9. Kriegsanleihe muß eine Volksoberhaupt im wahren Sinne des Wortes werden, Sonntag, der 3. November, sei der **Volkseinzugsstag**.

Alle Schulungsinstitutionen werden nach der Richtigkeit geöffnet sein. Wer kein Vaterland und sich selbst erhalten will, der weiche so viel er irgend kann. Wer schon geschweigt hat, der schreie mehr! (Dresden, Volkseinzugsstag vom 2. 11. 1918.)

„Demokratie“ mit sozialistischen Unterdrückungsmethoden die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialreformismus zum Sozialimperialismus unter Inhabnahme sozialistischer Methoden gegen die Arbeiterklasse, der Uebergang des von der Sozialdemokratie durchgeführten Staatsapparates zu sozialistischen Methoden bei Wirtschaftskämpfen, Demonstrationen und Versammlungen der Arbeiterklasse, der Sieg der Hunenbande-Gruppe über die alle Arbeiter-Gruppen bei den Wahlkämpfen, die Vorbereitung des Anmarsches in allen bürgerlichen Parteien, alles das sind für den Genossen Ewert „nur Manöver“. Das hat nach Auffassung des Genossen Ewert mit einer Veränderung der gesamten gesellschaftlichen und politischen Lage nichts zu tun. Die politischen Thesen des 6. Weltkongresses haben aber gerade in ihren Hauptthesen die Auflösung dieser Verhältnisse zum Grundgedanken. Gerade auf dieser Verhärterung der politischen Lage in den kapitalistischen Ländern ist die Grundbedingung der neuen Thesen des 6. Weltkongresses aufgebaut. Hier läuft der Genosse Ewert und mit ihm die ganze Verführertruppe die mit 19 Unterschriften auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz die Aufstellung des Genossen Ewert bedien, Sturm gegen die Beschlüsse des 6. Weltkongresses.

Der fünfte Abänderungsantrag des Genossen Ewert betrifft folgendes: in Punkt 7 der Resolution heißt es: „Das ist nur möglich, wenn die Partei die Beschlüsse des 4. KGW-Kongresses ohne Schwankungen durchführt und den Widerstand der rechten Fraktion gegen diese Beschlüsse rückhaltlos zurückweist.“

Genosse Ewert fordert die Streichung dieses Satzes und Ersetzung durch folgenden Satz: „Das ist nur durch eine richtige Anwendung der Beschlüsse des 4. KGW-Kongresses durch die Ueberwindung aller Schwankungen und Widerstände gegen sie und durch einen entschlossenen Kurs auf die Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit möglich.“

Die Parteigenossen wissen, daß die Beschlüsse des 4. KGW-Kongresses von der rechten Gruppe auf das schärfste betämpft und abgelehnt wurden. Diese rechte Fraktion wird in den Thesen des 6. Weltkongresses ausdrücklich als Trägerin der Opposition gegen die KGW-Beschlüsse genannt und benannt. Ebenso wissen die Genossen, daß die Verführer nicht müde werden, zu betonen, daß sie den Kampf gegen die Rechten „ebenso scharf“ führen, wie die Parteimehrheit. In dem Augenblick aber, wo es darum ankommt, die Abweichungen und die Feindseligkeit der Rechten gegen die Komintern-Beschlüsse zurückzuführen, in dem Augenblick stellt sich der Genosse Ewert und mit ihm die 19 Genossen die seine Erklärungen auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz unterschrieben haben schärfst vor die Rechten. Es sind natürlich alles leere Redereien von der Gruppe der Verführer, wenn sie davon reden, daß sie genau so wie die Parteimehrheit die rechten Liquidatoren verurteilen und bekämpfen. Sobald es sich darum handelt, die politischen Fehler der Rechten festzustellen, bilden sie eine

Thälheimer, Frölich, Walcher u. a. als Mitarbeiter des Vorwärts

Der Stamperische Vorwärts und die gesamte SPD-Preße hat neue Mitarbeiter gefunden: A. Thälheimer, Paul Frölich, A. Enders, J. Walcher, A. Schreiner und Max Köhler haben einen Aufbruch gegen die kommunistische Partei als gedruckte Abgabestatt verbreitet, der in der letzten Nummer des Vorwärts fast vollständig veröffentlicht wird. Der Vorwärts enthält sich jeden Kommentars — der durch und durch sozialdemokratische Inhalt des Aufbruches macht dies völlig überflüssig — er beschränkt das Dokument dieser „Kommunisten“ als die furchtbarste Kollaboration, die jemals gegen eine Partei von innen veröffentlicht wurde.

In diesem Schmutzdocument erheben die Liquidatoren den Anwurf gegen die kommunistische Internationale, daß die leitende Körperlichkeit der Komintern öffentlich nachgewiesene Korruption bedei. Sie verbreiten die lügenhaftesten und gemeinsten Verleumdungen gegen die KPD und ihr Zentralkomitee. Sie bezeichnen unsere Parteiorganisation als:

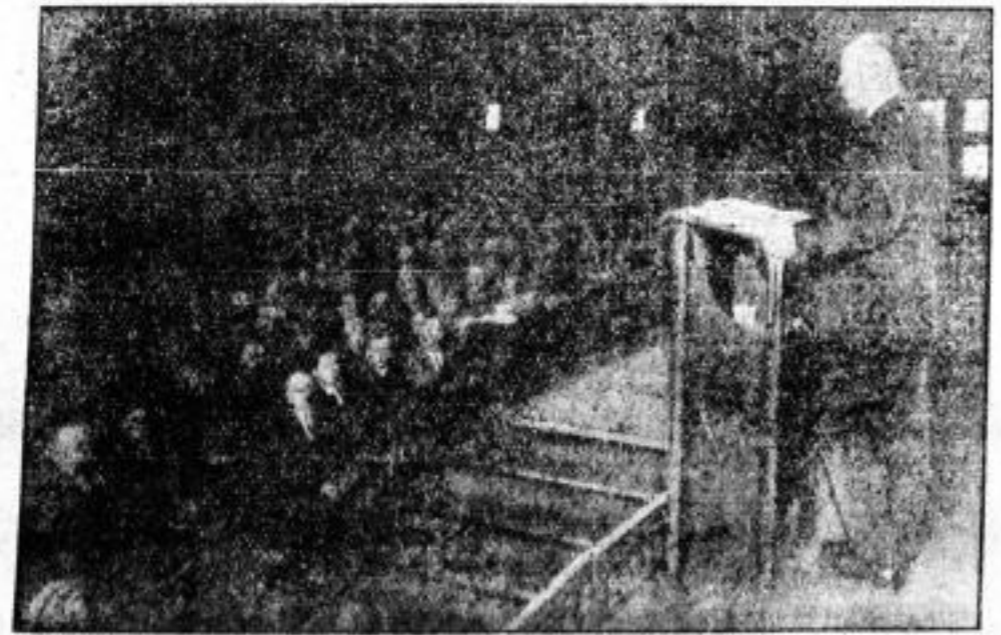
„Klasse von Parteibourgeois, die über vor jeder Kontrolle durch die Mitgliedschaft im Bewußtsein der Unantastbarkeit durch die Deckung der Exekutive zu ganz gewöhnlichen Gaunereien herabstinkt, von der einer der anderen bedei, die ihre Gesellschaft auf opportunistische Verführung durch die linke Färbung verbrämt.“

Sie richten an die Exekutive der Komintern die „Erklärung“: „Beharrt Ihr auf Eurem Beschluß zum Fall Thälmann-Wittorf, so bedeutet das, daß Ihr den Weg zum Ruin der KPD und der Komintern beschreitet.“

Die Verleumdungen dieses antikomunistischen Nachwerks haben sich von rechten Opportunisten zu gewöhnlichen Liquidatoren und von Liquidatoren zu offenen Kneipen entwickelt. Sie haben diesen Weg in kurzer Zeit vollendet.

Als wir vor einigen Wochen veröffentlichten, daß die Gruppe Thälheimer sich auf dem Wege des Verrats, auf dem Wege zu Stamper befindet, ließ die Mitteilung noch auf Zweifel. Heute ist die Lage für jeden Kommunisten vollkommen klar. Die Leute um Thälheimer und Thälheimer sind Verräter und sie empfangen den Judaslohn, den Paul Levi, Friesland und alle ihre Vorläufer erzielten: den Dank, das Wohlwollen, die öffentliche Achtung durch die Bourgeoisie und die Rasse-Partei.

Die Verführer Bolschewisten und andere SPD-Plattler kündigen neue „Enttarnungen“ und „leninistische Veröffentlichungen“ aus der gleichen liquidatorischen Quelle an. Die revolutionäre Arbeiterklasse wird mit Gelassenheit über diese verächtliche Kneipenarbeit hinweggehen. Sie hat größere Aufgaben zu erfüllen.



Thälmann-Versammlung bei den Ausgesperrten in Essen / Thälmann spricht



Hunderte fanden keinen Einlaß in den Saal...

Arbeiterreport

Handballreport

Die gemeldeten Spiele für den Freitag (letzten dem ungünstigen Wetter zum Opfer gefallen) sind: Über bei uns verlaufen zu sein? Am Sonntag wurden nur zwei Spiele gemeldet:

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

1. Gruppe, Abbestanden: Am 15. November last für die Kinder im Tausch (Schiffahrt) der Kreisliga. Die herrlichen Wälder von Wittenberg und die Schwärze an den großen Toren auch bei anderen Klubs nicht weniger erfrischen. Beginn der nächsten Woche Freitag 10 Uhr. Am 8. Dezember 8 Uhr. Die Berichte für Abbestanden und Helfer in Wittenberg, Wittenberg. Für guten Besuch zu lauten.

Handballreport

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

1. Gruppe, Abbestanden: Am 15. November last für die Kinder im Tausch (Schiffahrt) der Kreisliga. Die herrlichen Wälder von Wittenberg und die Schwärze an den großen Toren auch bei anderen Klubs nicht weniger erfrischen. Beginn der nächsten Woche Freitag 10 Uhr. Am 8. Dezember 8 Uhr. Die Berichte für Abbestanden und Helfer in Wittenberg, Wittenberg. Für guten Besuch zu lauten.

Handballreport

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

1. Gruppe, Abbestanden: Am 15. November last für die Kinder im Tausch (Schiffahrt) der Kreisliga. Die herrlichen Wälder von Wittenberg und die Schwärze an den großen Toren auch bei anderen Klubs nicht weniger erfrischen. Beginn der nächsten Woche Freitag 10 Uhr. Am 8. Dezember 8 Uhr. Die Berichte für Abbestanden und Helfer in Wittenberg, Wittenberg. Für guten Besuch zu lauten.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Kommunistischer Jugendverband

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

Wittenberg 1 - Chemnitz 1: Die Gäste überlegten hier das erste Spiel. Trägern hinterließen sie den besten Eindruck. Nach längerem Aufwärmespiel wurden sie bestimmt eines schärferen Gegners abgeben.

M-S Lichtspiele

MORITZSTRASSE 10

Ab heute Dienstag!

Die Sensation der Woche

Der Sieger

William Fairbanks

Amerikas beliebter Sensationsheld, Boxer, Springer u. Akrobat, ein lustiger Wirbelwind. Selten erwarb sich ein Darsteller so rasch alle Sympathien des Publikums. Die verblüffende Art seines Spiels, seine tollen Springkünste und verwegenen Boxkämpfe lösen jedesmal neues Erstaunen aus.

Dazu das ausgezeichnete Beiprogramm:

Lausbuben und Schützengraben

2 Akte tollsten Humors

Johnny im Mädchenpensionat

Amerikanische Groteske in 2 Akte.

Opel-Wochenschau

Verrat! (Die Spionin)

Eine Spionage-Affäre in 7 Akten

Sensationell! Spannend!

Wochenschau-Einlage in 2 Akten

Eintritt 10 Uhr / Beginn: 16.30, 18.30 u. 20.00 Uhr

Der Unbekannte

Drama aus dem wilden Westen

6 sensationelle, spannende Akte

Hauptrolle:

Lou Chancy

Der Mann mit den 1000 Masken

Krilles Gasthof

Freital-Döhlen

Am Sonntag, dem 25. November 1933

Großes Gesangsconcert

Zusammengestellt: Vereinigung Männerchor Freital-Döhlen / Freie Sänger Freital-Saunders

Abend 8 Uhr / Beginn 8.15 Uhr

Zeugen gesucht!

die am 20. Juli im Bremer Biergarten den Vorfall beobachteten, insbesondere auch der Herr, angeblich wohnhaft Fauscherstraße u. Kollege, der mit zwei Herren (der eine sehr stark) nach dem Goldenen Anker gingen, werden dringend, aber herzlich gebeten, umgehend ihre Adressen unter **M 1523** anzugeben

Trinkt Meißner Felsenkeller Cabinet

Werbt neue Abonnenten

Hermann Wehle & Co.

Niedersedlitz • Ruf 926

Pa. Briquette, Braun- und Steinkohlen & Koks
Holz & Torf- und Streu- & Baumaterialien
Eisentransport

A. verw. Alberts

Dresden-A. 19
Schadower Straße 9

Getreide, Futter- und Düngemittel

Mineralien und Kartoffeln / Telefon 33150

Prima Speisekartoffeln

in einwandfreier Beschaffenheit halten wir zum Preise von

45 Pf. für 10 Pfund

4.00 RM. für 100 Pfund

in unseren Verteilungsstellen vorrätig

Konsumverein Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder.

SLUB

Wir führen Wissen.

SCHWERTER-BRÄUSTÜBEL
Genial. Bier, Paul Berndorf, Lötze Str. 3
67280

Kurt Göbel, Bildr. 4
Kleider- und Bekleidg.

Triebwägen Markthalle
Kurt Müller, Teichstr. 21
67281

Maxin Michael, Fischergasse 14
Spezialbr., Kolonialwaren

Kolonialwaren / Feinkost
R. Fink, Teichstr. 23 / Oberlage Bestenbr.

Otto Schkade
Zachendorfer Straße Nr. 75
Holz- und Kohlenhandlung

W. Schick, Rühlstr. 2
Kleider- und Bekleidg.

Fleisch- u. Wurstwaren
Edmund Korch, Teichstr. 53

Schuhhaus Kurt Sieber
Zachendorfer Straße 17

Sprechapparate und Platten
Fahrräder, Wring- u. Nähmaschinen
Kurt George, Reichsplatz 2

96 Stoffbelagungsanstalt
Kurt George, Reichsplatz 2

Bäckerei Richard Klemm
Am Mühlgraben 3

Waren und Schmied
Kurt George, Reichsplatz 2

Paul Forek, Markt Nr. 2-4
Autofahren
Holz- und Kohlenhandlung

Max Henker
Uferstraße 5-8
Kohlen/Brikett/Brennholz
Spedition / Möbeltransport

Schütte Birnbaum
Kleider- und Bekleidg.

Zigaretten-Spezialgeschäft
Paul Göbel, Teichstr. 23

Beleuchtungshaus
Max Göbel, Teichstr. 23

Fleisch- und Wurstwaren
Gertraud Patzig, Teichstr. 23

Kolonial- und Eisenwaren
Kurt Müller, Teichstr. 21

Ferngaswerk Meissen

Fleisch- und Wurstwaren
Kurt Müller, Teichstr. 21

Leinwand, gestrichelt, reißfest
Farben-Spezialgeschäft ERNST M. & K.

Leinwand, gestrichelt, reißfest
Farben-Spezialgeschäft ERNST M. & K.

Leinwand, gestrichelt, reißfest
Farben-Spezialgeschäft ERNST M. & K.

WÄSCHE-KLIMT

SCHUHHAUS THORNER
Meinrichsplatz • Ihre Bezugsquelle

Fleisch- und Wurstwaren
Kurt Müller, Teichstr. 21

Anna Heller Nacht
Burgstr. 13
Fleischwaren & Kolonialwaren

August Böhme
Kleider- und Bekleidg.

Fleisch- und Wurstwaren
Kurt Müller, Teichstr. 21

**Motor-Fahrräder, Nähmaschinen, Schreib-
apparate, mechan. Reparaturwerkstatt**
ARTHUR JUNOLD

Knauth
Kleider- und Bekleidg.

Lebensmittel
Erich Besser, Ringstraße Nr. 1

Bäckerei, Konditorei
Willy Kühne
Zachendorfer Straße 11

Baller Richter, Schlegelstraße Nr. 8
Wein- und Kolonialwaren

Damen- und Herrenreparatur
Gundelbacher Str. 31 / Spezial-Subkloppfleger

Fleisch- und Wurstwaren
Kurt Müller, Teichstr. 21

Stange & Behrend
Wring- u. Nähmaschinen

Schuhhaus Curt Schiemann
Schuhmachermeister • Dresdener Straße 5

Melbner Fahrradhaus
Inhaber: Hugo Paul, Gerbergasse Nr. 12

Musikapparate
Gustav Haessler, Meißnerstraße Nr. 1

Restaurant Friedenshain
Passende Lokaltische für Vereine und Gesellschaften

PROYO
Apparate und Reparaturen

Gottlob

Hermann Redeker
Sämtliche Haushaltungsgegenstände

Städtisches Elektrizitäts- und Gaswerk Freiberg

Trinkt einheimische Getränke
Bürgerliches Brauhaus, Freiberg, A. G.
E. Piller, Böhmisches Brauhaus, Freiberg

SPARKASSE UND STADTBANK
Brand-Erbisdorf
Zeitgemäße Zinsen / Hypothekenvermittlung / Gebührenfreier
Überweisungsverkehr nach allen Orten Deutschlands / Ver-
mittlung aller sonstigen Bankgeschäfte

Paul Grellmann
Grün- und Fischwarengeschäft

Wanna Dreßler, Hauptstraße 187
Kleider- und Bekleidg.

Dora Scheidtmann, Bahnhofstr. 19
Kleider- und Bekleidg.

Otto Schumann, Hauptstraße 194
Kleider- und Bekleidg.

Paul Heide, Hauptstraße 116
Kleider- und Bekleidg.

Stadt-Elektrizitätswerk
Brand-Erbisdorf
Eigene Installation • Reichhaltiges
Artikellager • Billigste Preise

Motor- u. Fahrrad-Reparatur
Kurt Müller, Teichstr. 21

Moderehaus Paul Zschieschang
Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion

August Reinhold
Herrenartikel, Tricotagen,
Wolle, Strumpfwaren, Wäsche

Max Heide, Weinstraße 21
Kleider- und Bekleidg.

Möbelgeschäft Rudolf Bormann
Hauptstraße 48

Offermann
Kleider- und Bekleidg.

Curt Neuer, am Bahnhof
Herren- u. Knabenkonfektion

Lichtspiele
Weinstraße 21

Otto Wendt, Kirchplatz 14
Kleider- und Bekleidg.

Schuhhaus Bodenlein, Hauptstraße 67
Kleider- und Bekleidg.

Max Bährig, Weinplatz 7
Kleider- und Bekleidg.

Schuhhaus August Schöppe
Kleider- und Bekleidg.

Otto Meiser, Herrenkleiderwerk
Bergstraße 47

W. Heide, Hauptstraße 30
Kleider- und Bekleidg.

Leopold Fritzsche Nacht
Richard Heide, Pelzerstr. 24

W. Thume, Kolonialwaren
Kleider- und Bekleidg.

Fahrräder • Nähmaschinen
Wringmaschinen u. Spielwaren
WINTER, Erbische Straße 23

Seefisch- und Lebensmittelhandlung
Kurt Müller, Teichstr. 21

Städtisches Elektrizitäts- und Gaswerk Freiberg

Restaurant Sobotnik
Kleider- und Bekleidg.

BISCHOWSWERDA

Juwelier Heide, Brauner Str. 12
Kleider- und Bekleidg.

Mech. Kleiderfabrik A. Hohlfeld
Wendischb., Arbeitshaus • Dresdener Str. 4

Städt. Elektr. Licht- u. Gaswerk
Kleider- und Bekleidg.

Tägl. frische Milch, Butter, Sahne u. Käse
Bischowswerder Käse
Schmollner Weg 1, Inh. Hugo Pretsch

Fahrrad- u. Nähmaschinenhaus
M. Schreier, Schmiedegasse 2

Trinkt nur
Goldbacher Flaschenmilch
Zentral-Molkerei-Goldbach
Altmarkt 18

Paul Wautzsch
Kleider- und Bekleidg.

W. Hammermann
Kleider- und Bekleidg.

HELLERAU

H. Gieseler, Seidenwaren
Kleider- und Bekleidg.

KONIOSBRÜCK I. SA.

W. Gieseler, Schloßstr. 6
Kleider- und Bekleidg.

Edwin Herklotz
Fleischer, Weißbecherstr. 29

RIPPEN

Arbeiter und Angestellte deckt Essen Bedarf
Kleider- und Bekleidg.

Gasthof Rippen u. Fleischer
Kleider- und Bekleidg.

KAMENZ

Kurt Benad
Wäscheanstalt • Herrenartikel

Trinkt Biere der
Kamenzer Brauerei!

Anna Penker
Kleider- und Bekleidg.

REINHOLD SCHALLER, Amdtstraße Nr. 40
Kleider- und Bekleidg.

Zigarrenhaus
Kleider- und Bekleidg.

Alwin Neumann, Königsbrücker Str. 8
Kleider- und Bekleidg.

LAUSNITZ

Jahrl. feiner Fleisch- und Wurstwaren
Kleider- und Bekleidg.

DIPPOLDISWALDE

Me. H. Gieseler
Kleider- und Bekleidg.

Porzellan • Glas • Steingut • Emaille
M. Hende Nacht, G. Fröbel

Kurt Schreiber
Kleider- und Bekleidg.

Herm. Nothe Radl, Fetzenstraße 98
Kleider- und Bekleidg.

HERMANN VOIGT, Gerbergasse Nr. 28
Kleider- und Bekleidg.

Moderehaus Marschner
Kleider- und Bekleidg.

SEBNITZ

Hamburger Kaffeelager
Kleider- und Bekleidg.

GROSSROHRSDORF

Dehlig, Wein- und Obsthandel
Kleider- und Bekleidg.

Franz Schöne
Kleider- und Bekleidg.

W. Gieseler, Hauptstraße 30
Kleider- und Bekleidg.

BRUNO KUNATH
Kleider- und Bekleidg.

BRUNO SEIFERT / Kolonialwaren
Kleider- und Bekleidg.

Zigarrenhaus
Kleider- und Bekleidg.

W. Gieseler, Hauptstraße 30
Kleider- und Bekleidg.

W. Gieseler, Hauptstraße 30
Kleider- und Bekleidg.

HERMSDORF

Gasthof zu Hermsdorf
Kleider- und Bekleidg.